Volt

Neue Politik.
Neues Europa.

UNSER KURZWAHLPROGRAMM ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

UNSERE ZUKUNFT. MADE IN EUROPE.

Volt

UNSERE ZUKUNFT. MADE IN EUROPE.

Wir sind Volt. Wir existieren, weil wir überzeugt sind, dass die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur gelöst werden können, wenn Europa gemeinsam handelt. In einem Europa, in dem alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihr Potenzial voll zu entfalten. Ein Europa, das nach den höchsten Standards menschlicher, sozialer, ökologischer und technischer Entwicklung strebt.

Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen ein und sind schon heute im Europäischen und dem niederländischen Parlament sowie in mehreren Städten und Gemeinden in ganz Europa vertreten. Gemeinsam mit unserem europäischen Grundsatzprogramm macht uns das zur ersten wirklich gesamteuropäischen Partei.

Nationale Parteien stoßen an ihre Grenzen, wenn Lösungen für die globalen Herausforderungen unserer Zeit gefunden werden müssen. Volt ist überzeugt: Deutschland braucht Europa und Europa braucht Deutschland. Die Zukunft der EU hängt auch eng mit der Bundestagswahl zusammen. Denn es sind die nationalen Regierungen, die im EU-Rat die Zukunftsausrichtung der EU entscheiden – das EU-Parlament darf bisher selber keine Gesetze vorschlagen. Es braucht Volt also auch in Deutschland.

Warum wir? Warum jetzt? Volt steht für neue Politik, die grenzübergreifend und gemeinsam agiert sowie Nationalismus und Populismus entgegensteht. Wir fordern eine reformierte EU der Bürger*innen. Wir stehen vor drei großen Problemen: der ökologischen Krise, dem sozialen Auseinanderleben und den Folgen der COVID-19-Pandemie. Es gibt keinen besseren Zeitpunkt als den jetzigen, um eine neue lösungsorientierte politische Kraft wie Volt zu etablieren. Die Bundestagswahl 2021 ist deshalb eine einmalige Chance, eine ganzheitliche Transformation anzustoßen, um Deutschland und Europa neu zu gestalten. Mit diesem Programm tritt Volt zur Bundestagswahl 2021 an. Wir wollen die großen Probleme unserer Zeit pragmatisch und progressiv angehen und die Stimme der europäischen Einigung im Bundestag werden.

EUROPÄISCH.
DEMOKRATISCH.
AKTIV.

Ein gemeinsames Europa mit einer echten parlamentarischen Demokratie, in dem nicht einzelne Staats- und Regierungschef*innen über die gemeinsame Zukunft entscheiden, sondern das direkt gewählte Parlament aller Europäer*innen – und langfristig in einer souveränen föderalen Europäischen Republik.

KLIMANEUTRAL.
UNTERNEHMERISCH.
DIGITAL.

Eine nachhaltige und generationengerechte Marktwirtschaft, die in der Dekarbonisierung, im Unternehmer*innentum und in der Digitalisierung Chancen statt Hindernisse sieht. Eine Politik, die strukturelle und technologische Innovationen fördert und mit einer sozial verträglichen Grundlage das Leben aller Menschen verbessert. Wir machen Deutschland bis 2035 CO_2- und bis 2040 klimaneutral. Mit einer selbstbestimmten digitalen Transformation mit Chancen für jeden Menschen.

SELBSTBESTIMMT.
SOLIDARISCH.
INKLUSIV.

Eine Gesellschaft, in der jede*r teilhaben und gesund leben kann. Eine Gemeinschaft, die Bildung, ein resilientes Gesundheitssystem und finanzielle Mittel bereitstellt, um in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Eine Gesellschaft mit einem starken sozialen Zusammenhalt, um gemeinsam die Herausforderungen von heute und morgen anzugehen, in der Stadt und auf dem Land. Eine Gesellschaft, in der Pluralität als Normalität anerkannt wird. In der Diskriminierung bekämpft wird und Chancengerechtigkeit und Teilhabe aller zentral sind.

UNSERE ZUKUNFT. MADE IN EUROPE.

#1 UNSERE ZUKUNFT

EUROPÄISCH.
DEMOKRATISCH.
AKTIV.

Ein Europa mit einer Demokratie
- Vision von Europa
- Reform der Institutionen
- Wahlen und Wahlrecht

Stärkung der europäischen Zusammenarbeit
- Finanzmärkte und koordinierte Steuerpolitik
- Gemeinsame Innere Sicherheit
- Gemeinsame Migrations- und Asylpolitik
- Wertorientierte Entwicklungs- und Handelspolitik
- Klimadiplomatie
- Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik
- Gemeinsame Förderung von Forschung und Entwicklung
- Gemeinsame Gesundheitspolitik

Stärkung der Demokratie in Deutschland und Europa
- Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit
- Individuelle Freiheiten und Rechte
- Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung
- Bürger*innenbeteiligung

#2 UNSERE ZUKUNFT

KLIMANEUTRAL.
UNTERNEHMERISCH.
DIGITAL.

Eine sozial-liberale Wirtschaftspolitik, die Chancen schafft
> Unternehmen und Unternehmertum
> Förderung von Investitionen
> Haushalts- und Steuerpolitik

Die Transformation zur Klimaneutralität
> Energiewende
> Bauen und Wohnen
> Industrie
> Land- und Forstwirtschaft
> Mobiltätswende
> Kreislaufwirtschaft
> Negative Emissionen
> CO_2-Bepreisung

Eine digitale Transformation
> Ein besser funktionierender, smarter Staat
> Digitalwirtschaft
> Künstliche Intelligenz

Ein Neustart der Bildung
> Frühkindliche Bildung
> Schule der Zukunft
> Reform der Bildungspolitik
> Weiterführendes Lernen, Hochschulbildung und Berufsausbildung

Stärkung der sozialen Absicherung und Chancen
> Soziale Absicherung
> Soziale Mobilität
> Moderner Arbeitsmarkt

Ein resilientes Gesundheitssystem
> Gesundheitswesen und Versorgung
> Förderung gesundheitlicher Prävention
> Gesundheitsfachberufe

Progressive Migrationspolitik und Inklusion
> Einwanderung
> Asyl ermöglichen und menschenwürdig gestalten
> Teilhabechancen von Geflüchteten und Migrant*innen

Aktive Bekämpfung von Diskriminierung
> Direkte Unterstützung für Betroffene
> Diskriminierung von Frauen
> Diskriminierung von queeren Menschen
> Diskriminierung von Menschen mit Behinderung
> Rassismus
> Antisemitismus

#3 UNSERE ZUKUNFT

SELBSTBESTIMMT.
SOLIDARISCH.
INKLUSIV.

EIN EUROPA MIT EINER DEMOKRATIE

Die Europäische Union (EU) ist und bleibt ein großartiges Friedensprojekt – aber sie ist mehr als nur das. Und sie ist erst recht mehr als nur ein Markt! Fairer und nachhaltiger Handel, Klimaschutz, soziale Gleichberechtigung, eine selbstbestimmte Digitalisierung und Migration sind Herausforderungen, die wir gemeinsam besser lösen.
Die Idee von Europa ist die Idee der Solidarität und der gemeinsamen Werte: die Achtung der Menschenwürde, Freiheit und Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte. Wir wollen, dass die EU diesem Anspruch gerecht wird! In der heutigen EU untergraben nationale Interessen die gemeinsamen Ziele aller Mitgliedstaaten und die Werte der EU. Die national etablierten Parteien stoßen hierbei an ihre Grenzen. Die Herausforderungen der Zukunft fordern politische Strukturen, in denen über Grenzen hinweg gearbeitet werden kann. Hierzu muss die EU reformiert werden, denn die Zukunft liegt in einem föderalen Europa mit einer parlamentarischen Demokratie, die von und durch ihre Bürger*innen aufgebaut und gestaltet wird.

VISION VON EUROPA

- **Föderale Europäische Republik.** Volts langfristige Vision ist ein föderales, geeintes Europa mit einer gemeinsamen europäischen Regierung auf Grundlage einer von den europäischen Bürger*innen legitimierten Europäischen Verfassung. Für diese Vision setzen wir uns mit einem europäischen Programm auf allen Ebenen und in allen Ländern Europas ein.

REFORM DER INSTITUTIONEN

(Zusatzinfos siehe Grafiken Folgeseite)

- **Mehrheitsbeschlüsse im Rat statt nationale Blockaden.** Derzeit bedarf es im Rat in einigen wichtigen Fragen der Einstimmigkeit bei Entscheidungen, wodurch es zu Blockaden durch einzelne Staaten kommt und gemeinsames Handeln erschwert wird. Um die Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern, sollen Entscheidungen in Zukunft grundsätzlich mehrheitlich getroffen werden.

- **Initiativrecht für das Europäische Parlament.** Als einziges direkt gewähltes EU-Organ muss das Europäische Parlament Gesetzesinitiativen in das Gesetzgebungsverfahren einbringen dürfen. So können die Interessen der Bürger*innen auf europäischer Ebene besser repräsentiert werden.

- **Reform der Europäischen Kommission.** Der*die Präsident*in der Kommission soll künftig vom Europäischen Parlament vorgeschlagen und gewählt und die sonstigen Mitglieder nach Eignung und Kompetenz und nicht (wie aktuell) nach nationalem Proporz besetzt werden. So soll die demokratische Legitimation der Institution erhöht und fachliche Expertise gewährleistet werden.

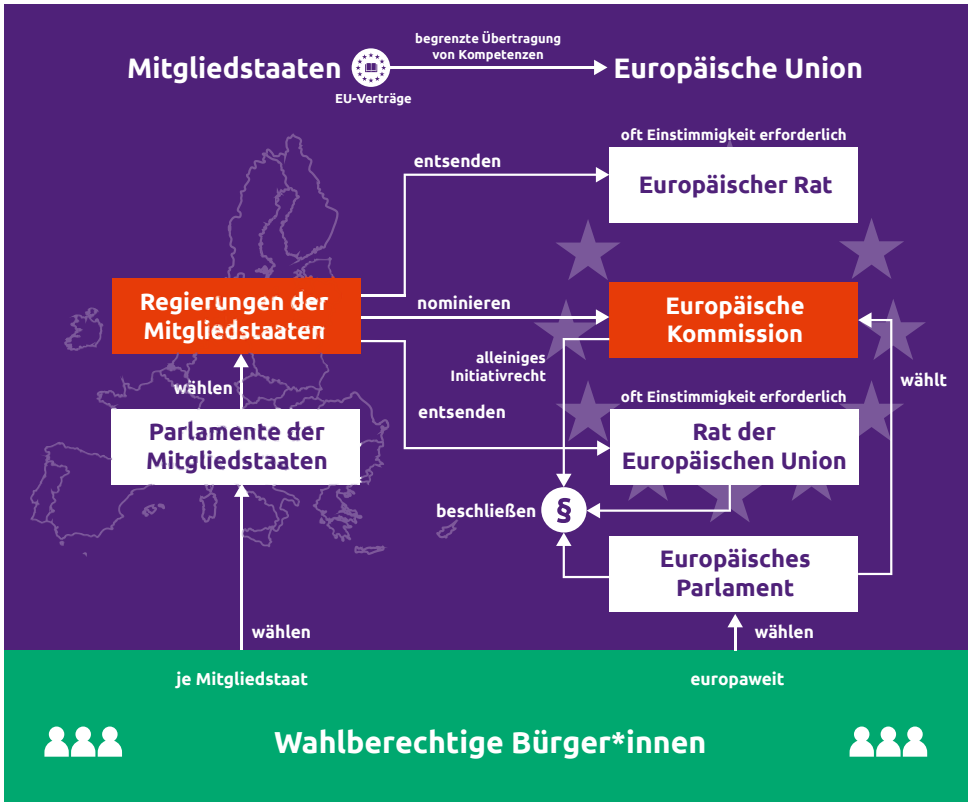
WAHLEN UND WAHLRECHT

- **Gemeinsames europäisches Wahlrecht.** Wir setzen uns für ein europaweit einheitliches Wahlrecht auf Grundlage eines Zwei-Stimmen-Wahlsystems ein: Eine Stimme gilt für Direktkandidat*innen und die andere für die Liste einer europäischen politischen Partei. Die Interessen der Mitgliedstaaten werden über eine zweite Kammer, das Oberhaus, vertreten; dessen Vertreter*innen werden durch die Parlamente oder durch die Bürger*innen der Mitgliedstaaten gewählt.

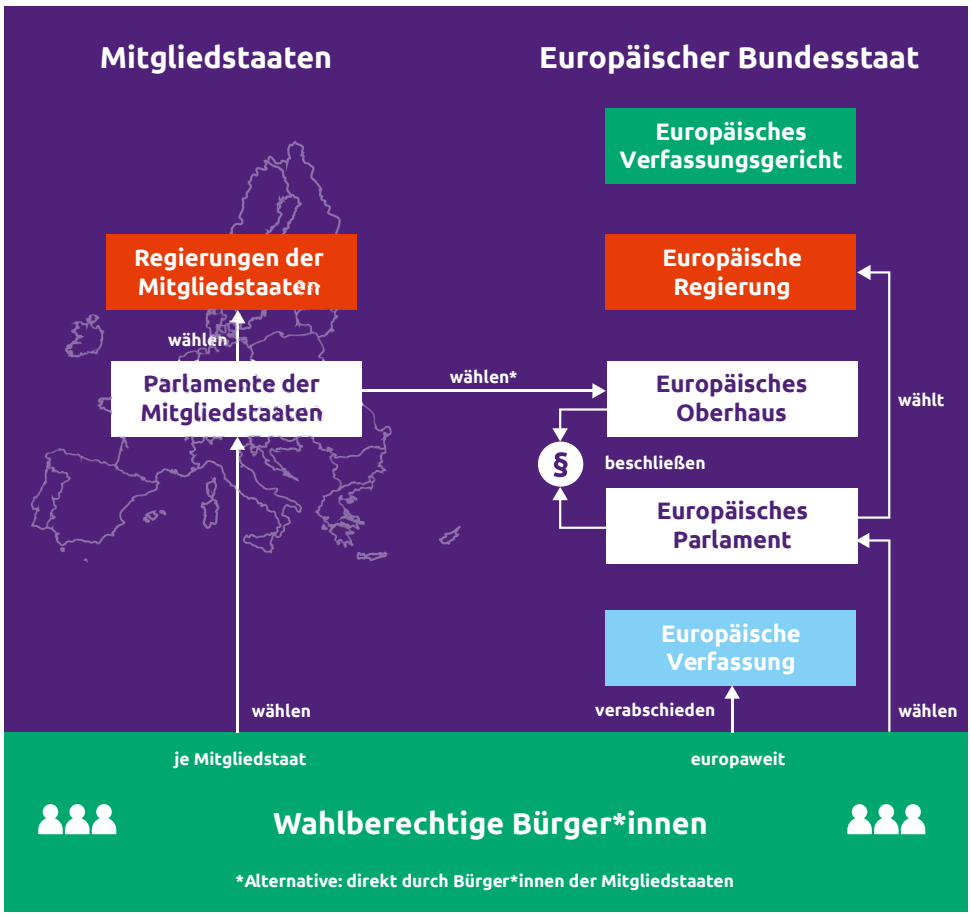
- **Etablierung echter europäischer Parteien.** Die derzeitigen EU-Parteien sind lose Koalitionen nationaler Parteien, die häufig unterschiedliche Interessen verfolgen. Wir fordern europäische Wahllisten und eine einheitliche Besteuerung und Finanzierung der Parteien über eine EU-Parteienverordnung.

- **Ausweitung des aktiven und passiven Wahlrechts.** Um die demokratische Willensbildung zu verbessern und die Repräsentativität der Institutionen zu erhöhen, sollten Bürger*innen ab 16 Jahren sowie in Deutschland lebende EU-Bürger*innen wählen und gewählt werden dürfen.

- **Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderung,** insbesondere bei der politischen Willensbildung, der Ausübung des Wahlrechts sowie der Wahrnehmung eines politischen Amtes. Existierende Barrieren sowie vorhandene Stigmatisierungen sollen abgebaut werden.



Europäische Instutionen: Ist-Zustand



Europäische Instutionen: unsere Vision

STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Probleme und Krisen nicht an Landesgrenzen haltmachen. Ein starkes Europa braucht nicht nur eine Reform der politischen Institutionen, sondern eine **Stärkung der europäischen Zusammenarbeit.** Uns Europäer*innen bewegen viele ähnliche Probleme, die länderübergreifend besser angegangen werden könnten, wenn wir in unterschiedlichen Bereichen der Politik – sei es im Bereich der Gesundheit, des Handels, des Klimas, der Migration, der Verteidigung, der Innen- und Außenpolitik und der Finanzen – zusammenarbeiten, koordinieren und gemeinsame Lösungen erarbeiten. Wir sehen uns nicht im Wettkampf mit anderen Mitgliedstaaten, sondern als Teil von Europa. Die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit setzt die Grundvoraussetzungen für die Lösung vieler Probleme, die wir angehen möchten, und zieht sich dementsprechend durch unser gesamtes Programm. Sie ist Kern unserer Zusammenarbeit in Parlamenten auf allen Ebenen Europas.

FINANZMÄRKTE UND KOORDINIERTE STEUERPOLITIK

- **Einrichten eines finanziell eigenständigen europäischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums** durch Erhöhung der Eigenmittel sowie langfristige Steuerhoheit. Grundlage hierfür ist eine klare gemeinsame Koordination der europäischen Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik.

- **Einführung einer Gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB):** Hiernach wird für Konzerne mit Sitz in der EU ein Gesamtgewinn ermittelt und den Mitgliedstaaten zu je einem Drittel nach den Kriterien Lohnsumme, eingesetztes Kapital und Umsatz zur Besteuerung zugewiesen.

- **Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer** auf Derivate, Finanzmarktwetten und Wertpapiere.

- **Gewährleistung einer fairen Besteuerung multinationaler Unternehmen.** Voraussetzung dafür ist eine einheitliche Mindestkörperschaftsteuer in Höhe von 15 % sowie ein konsequenter Kampf gegen Steueroasen, auch in Europa.

- **Europäische Besteuerung von Digitalunternehmen** basierend auf neuen, für die Digitalwirtschaft zeitgemäßen Modellen, wie zum Beispiel auf Umsatzbasis im Land der Umsatzgenerierung.

GEMEINSAME INNERE SICHERHEIT

- **Ausbau von Europol zu einer vollwertigen Europäischen Kriminalpolizei,** die vor allem in den Bereichen der organisierten Kriminalität, der Terrorismusbekämpfung, Geldwäsche und Cyberkriminalität tätig werden kann.

- **Abschaffung von stationären Kontrollen der Binnengrenzen innerhalb des Schengen-Raums.** Verdachtsbedingte Stichproben werden unabhängig von den heutigen Grenzen durchgeführt.

- **Etablierung des europäischen Grenzschutzes als exklusive EU-Aufgabe** durch eine durch das Parlament kontrollierte Behörde, die in ihren Strukturen insbesondere auf die Bewahrung der Menschenrechte und internationalen und europäischen Gesetzgebung ausgerichtet ist. Frontex sowie alle heute existierenden nationalen Grenzschutzkräfte sollen in dieser neuen Organisation aufgehen.

GEMEINSAME MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK

- **Umsetzen eines solidarischen, europäischen und effizienten Asylsystems,** das Menschenrechte sichert, um das derzeitige systematische Leiden an den Außengrenzen zu lindern. Neben der freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten wollen wir einen Verteilungsschlüssel festlegen, der sich an der Bevölkerungszahl, Bevölkerungsdichte, an Wohlstand, Alter und Wirtschaftswachstum im Aufnahmeland orientiert.

- **Große Sammellager, in denen Menschen langfristig untergebracht werden, sollen abgeschafft werden.** Stattdessen wird es eine dezentrale Unterbringung geben. Überfüllte Lager an den Außengrenzen können entlastet werden, indem Kommunen das Recht erhalten, Geflüchtete aufzunehmen, ohne dass der Bund zustimmen muss.

- **Entkriminalisierung und juristischen Schutz der Seenotrettung gewährleisten.** Grundlegend hierfür ist die Schaffung einer europäischen Seenotrettungsorganisation, die nicht für Grenzschutz zuständig ist und keine militärischen Ziele verfolgt. Schiffe der Seenotrettung werden nicht am Auslaufen gehindert,

sondern beim Anlegen gesichert. Zusätzlich müssen illegale Push-Backs gestoppt und bestraft werden.

WERTEORIENTIERTE ENTWICKLUNGS- UND HANDELSPOLITIK

- **Etablierung eines regelbasierten, klimaschonenden, nachhaltigen und fairen globalen Handelssystems** durch starke internationale Institutionen (insbesondere eine handlungsfähige und demokratischere Welthandelsorganisation) und das Abschließen von fairen, wertegetriebenen und klimaschützenden Handelsabkommen.

- **Etablierung eines europäischen Lieferkettengesetzes,** das Unternehmen dazu verpflichtet, Menschenrechte und Umweltstandards entlang ihrer gesamten Lieferkette einzuhalten.

- **Überprüfung der EU-Agrarsubventionen,** um Wettbewerbsverzerrungen im Handel zu verhindern. Diejenigen, die den Handel zu Lasten von Ländern des Globalen Südens verzerren, sollen ggf. abgeschafft werden. Außerdem muss der Handlungsspielraum dieser Länder für strategische Industriepolitik und (kurzfristige) protektionistische Maßnahmen erhalten bleiben.

- **Stärkung des lokalen und regionalen Handels mit Ländern des Globalen Südens** sowie eine Zunahme der Importe aus diesen Ländern gemäß der Devise „Trade over Aid“. Reformen sollen sich am Wohlergehen der lokalen Bevölkerung orientieren und keine ungleichen Abhängigkeiten verfestigen. Zusätzlich sollen Starthilfen für Unternehmer*innen durch Zugang zu Patenten, Ausbau der digitalen Infrastruktur und Priorisierung von Industriestandorten in strukturell benachteiligten Städten ermöglicht werden.

- **Strukturelle Diskriminierung von Arbeitnehmer*innen in der Entwicklungszusammenarbeit bekämpfen.** Unter anderem sollen hierfür Führungspositionen in internationalen Organisationen geschaffen werden.

KLIMADIPLOMATIE

- **Etablierung einer europäischen Klimadiplomatiegruppe,** die klimadiplomatische Anstrengungen der EU stärkt. Diese soll durch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Generaldirektion Klima gestützt werden.

- **Ein gemeinsamer Austritt aller europäischen Länder aus dem Energiecharta-Vertrag,** der heute dafür missbraucht werden kann, die Energiewende durch Investitionsschiedsverfahren zu verzögern. Zeitgleich soll ein sogenanntes **Inter-Se-Abkommen** geschlossen werden. Diesem Abkommen sollen sich auch Länder außerhalb der EU anschließen.

- **Schaffung einer Agentur für Klimaschutz und Energiewende,** die durch das europäische Parlament kontrolliert wird. CAETA soll ein Klimaschutznetzwerk koordinieren, die Finanzierung der Energiewende sicherstellen und die Bemühungen der Klimadiplomatiegruppe unterstützen.

GEMEINSAME AUSSEN- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

- **Schaffen einer kohärenten Außenpolitik,** die Profit nicht über Werte stellt und gemeinsam auftritt. Durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU soll die EU handlungsfähiger werden, insbesondere gegenüber autokratischen Gesellschaftsmodellen, die systematisch Menschenrechte missachten.

- **Demokratisierung der Vereinten Nationen,** indem neben der Generalversammlung ein Weltparlament mit direkt

gewählten Vertreter*innen etabliert wird. Zusätzlich ist eine grundlegende Reform des UN-Sicherheitsrats erforderlich, um das Veto-Recht und permanente Mitgliedschaften abzuschaffen. Die gesamte EU soll bei den Vereinten Nationen lediglich durch einen*eine EU-Botschafter*in repräsentiert werden.

- **Schaffen einer europäischen Verteidigungsarmee unter parlamentarischer Kontrolle** mit einem*einer europäischen Verteidigungsminister*in, um eine selbstbestimmte Verteidigung zusätzlich zur NATO zu ermöglichen und durch einheitliche und effizientere Ausrüstung nationale Verteidigungsausgaben in Summe zu vermindern.

GEMEINSAME FÖRDERUNG VON FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

- **Forschung fördern, insbesondere zur Einführung neuer Technologien zur marktwirtschaftlichen Nutzung neuer Produkte und Dienstleistungen.** Es soll eine europäische Agentur für fortschrittliche Forschung geschaffen werden, die die Harmonisierung verschiedener Förderprogramme (z. B. EIC oder SPRIN-D) auf europäischer Ebene in einer Agentur aufsetzt und verwaltet.

- **Förderung von offenen Standards und Freier und Open Source-Software (FLOSS)** durch Einrichtung eines politisch unabhängigen, staatlich finanzierten Fonds auf deutscher und europäischer Ebene. Dies soll sicher stellen, dass offene Technologien und Standards, die essenziell für das Internet, unsere digitale Infrastruktur und die Zivilgesellschaft sind, langfristig weiterentwickelt werden.

- **Steigerung der Investitionen Europas in den Weltraum.** Zu den wichtigsten Zielen gehören die Verbesserung der Erdbeobachtung und der Nutzung der hierbei gewonnenen Informationen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, die Erschließung weltraumgestützter Energiequellen – wie Solarenergie und Kernfusion – sowie der Abbau wertvoller Materie. Zusätzlich bedarf es einer Implementierung eines Weltraumrechts, das sicherstellt, dass die Nutzung der Chancen und Ressourcen des Weltraums am Gemeinwohl der Menschheit orientiert ist.

GEMEINSAME GESUNDHEITSPOLITIK

- **Stärkung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in gesundheitlichen Notlagen,** unter anderem durch gemeinsame Lagerhaltung von medizinischer Ausrüstung, um Versorgungsengpässe zu verhindern. Zusätzlich soll ein europäischer Versorgungsnachweis von freien Krankenhauskapazitäten und ein europaweites Warnsystem für Katastrophen und gesundheitliche Notlagen etabliert werden.

- **Stärkung der Koordinierung der gemeinsamen Gesundheitspolitik,** unter anderem durch eine europäische Präventionsstrategie zur Gesundheitserhaltung und eine europäische digitale Infrastruktur im Gesundheitswesen, welche die länderübergreifende Versorgung von Patient*innen ermöglicht.

STÄRKUNG DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Grundlegend für eine Reform der Institutionen und der gestärkten Zusammenarbeit ist eine starke Demokratie. Damit eine Demokratie funktioniert, bedarf es sowohl eines transparenten und der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Staates und wirksamer Bürger*innenrechte als auch aktiver Bürger*innenbeteiligung und demokratischer Teilhabe. Wir wollen **die Demokratie in Deutschland und Europa** stärken, damit sich eine europäische Willensbildung entwickelt und Europa von seinen Bürger*innen gestaltet und weiterentwickelt werden kann.

RECHTSSTAATLICHKEIT, TRANSPARENZ UND ÖFFENTLICHKEIT

- **Stärken der Rechtsstaatlichkeit der EU-Staaten** durch eine Verschärfung und Verbesserung des Rechtsstaatsmechanismus bei EU-Finanzmitteln. Zusätzlich bedarf es mehr Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft und für das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF).

- **Bestärken des Primats des EU-Rechts und der EU-Rechtsprechung** über nationales Recht und Justiz. Ermöglichen der individuellen Grundrechtsklage vor den europäischen Gerichten für alle EU-Bürger*innen zur effektiven Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeitskultur.

- **Erhöhung der Transparenz der Institutionen der EU,** insbesondere im Rat der EU sowie im informellen Trilog zwischen Kommission, Rat und Parlament. Zusätzlich gilt eine Selbstverpflichtung zur Offenlegung aller Lobbykontakte.

- **Schaffen einer gesamteuropäischen Medienlandschaft,** insbesondere durch Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen europäischen Rundfunk- und Medienanstalt.

INDIVIDUELLE FREIHEITEN UND RECHTE

- **Schaffung einer digitalen Grundrechte-Charta auf europäischer Ebene** zur Sicherung der Grundrechte aller Bürger*innen im digitalen Raum.

- **Schutz der Grundrechte** unter anderem durch einen vorübergehenden Stopp für das Beschließen weiterer Sicherheitsgesetze. Stattdessen soll das aktuelle Ausmaß staatlicher Grundrechtseingriffe transparent überprüft werden. Unverhältnismäßige Befugnisse sollen wieder aufgehoben werden.

- **Bekämpfen von Hass und Fake News** durch die Einrichtung einer öffentlichen Beratungs- und Clearingstelle. Zusätzlich bedarf es einer erneuten Prüfung des NetzDG, der Vereinfachung der Beweissicherung für Betroffene, Transparenzanforderungen an kleinere Betreiber*innen und der Möglichkeit der Sanktionierung (Sperrung/Löschung) von Accounts.

- **Verbot der Echtzeit-Identifizierung von Personen im öffentlichen Raum** z. B. durch Gesichtserkennungssoftware oder Gangerkennung. Entscheidend ist unter anderem auch eine Prüfung dieses Verbotes für Firmen und Privatpersonen.

- **Sicherung der Bevölkerung und Wirtschaft vor digitalen Angriffen** durch gezielte Aufklärungsprogramme und die Schaffung eines Rechtes auf Verschlüsselung.

SCHUTZ DER FREIHEITLICHEN DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG

- **Konsequente Aufklärung und Bekämpfung von extremistischen Strukturen aller Art.** Dazu sollen unter anderem die Ämter für Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene ausgebaut werden. Dies muss mit einer besseren Erkennung und deutlich schärferen Ahndung diskriminierender und rassistischer Strukturen innerhalb der Sicherheitsbehörden einhergehen.

- **Stärkung des Schutzes von Einrichtungen und Menschen,** die nachweislich durch Extremismus bedroht werden. Gleichzeitig sollen verstärkt Razzien genutzt werden, um extremistische Strukturen zu entwaffnen. Zudem sollen Ausstiegsberatungen dauerhaft finanziert und unterstützt werden.

- **Förderung von Bildungsangeboten in Schulen,** die Schüler*innen weniger empfänglich für extremistische Einflüsse machen sollen. Zudem sollen Lehrkräfte durch entsprechende Schulungen Radikalisierungen frühzeitig erkennen können.

BÜRGER*INNEN-BETEILIGUNG

- **Stärkung der politischen Teilhabe und europäischen Öffentlichkeit** durch Bürger*innenräte sowie Bürger*innenversammlungen. So kann die Bevölkerung sich zu Gesetzesentwürfen äußern, an politischen Entscheidungen teilhaben und ihre Gesellschaft aktiv mitgestalten.

- **Stärkung einer Beteiligungskultur im Gesetzgebungsprozess** durch Entwicklung eines Online-Beteiligungsportals, einer öffentlichen Kommentierungsphase für Gesetzesentwürfe der Bundesministerien und einer zeitnahen Bearbeitung von Petitionen durch den Bundestag.

- **Stärkung der politischen Mitbestimmung junger Menschen,** indem ein speziell geförderter Petitionsprozess für Menschen im Alter zwischen 12 und 20 Jahren geschaffen wird.

- **Einführung flächendeckender kommunaler Bürger*innenbudgets,** sodass Bürger*innen aktiv mitgestalten können. Die Bürger*innenbudgets sollen einen prozentualen Anteil des jeweiligen Haushalts, mindestens jedoch 1 Euro pro Bürger*in umfassen.

EINE SOZIAL-LIBERALE WIRTSCHAFTSPOLITIK, DIE CHANCEN SCHAFFT

Volt steht für eine starke sowie ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Marktwirtschaft. Unsere Herausforderungen wie Klimakrise, Verlust an Biodiversität, eine reformbedürftige Verwaltung sowie Bildungs- und Gesundheitssysteme, die Digitalisierung und die Folgen der COVID-19-Pandemie können nur gemeinsam gelöst werden. Wir wollen Rahmenbedingungen setzen, die positive Veränderungen, neue Arbeitsplätze und Unternehmer*innentum entstehen lassen und nicht durch Bürokratie, ineffiziente Strukturen und unzureichende Finanzierung ausbremsen. Deutschland braucht eine langfristig gedachte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die es Unternehmen ermöglicht, die Zukunft aktiv zu gestalten. Öffentliche Mittel sollen effizient und zielgerichtet eingesetzt werden, um private Investitionen zu multiplizieren, notwendige Anpassungen von Unternehmen zu ermöglichen und neue unternehmerische Chancen zu schaffen.

UNTERNEHMEN UND UNTERNEHMER*INNENTUM

- **Generelle Vereinfachung von Unternehmensgründung und -führung** durch den Abbau bürokratischer Hürden über digitalisierte Prozesse. Gerade in Zeiten des Wandels spielen Gründungen eine wichtige Rolle, um Arbeitsplätze zu schaffen und unsere Herausforderungen zu lösen.

- **Einführung einer neuen Rechtsform, die eine langfristige Vermögensbindung bei Unternehmen im Verantwortungseigentum ermöglicht,** unter anderem auch zur Förderung von Purpose-Unternehmen. Dadurch wird das Unternehmenseigentum nicht mehr als individuelles Vermögen definiert, sondern als Verpflichtung, individuelle Verantwortung über mitarbeiter*innenbezogene Stimmrechte im Sinne der Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu übernehmen.

- **Strikte Trennung von Wirtschaftsprüfung und -beratung,** um Interessenskonflikte zu vermeiden, faire Wettbewerbsbedingungen und eine unabhängige Prüfung für Unternehmen zu schaffen.

- **Abschaffung der Gewerbesteuer** mit Kompensation der Einnahmeausfälle für die Kommunen. Wir reduzieren dadurch die Komplexität und erhöhen die Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei Steuerbelastungen auf Unternehmensseite.

- **Reform der Unternehmenssteuern auf Gewinne** durch eine moderate Senkung der Unternehmenssteuersätze in Deutschland hin zu einem mittleren europäischen Niveau.

FÖRDERUNGEN VON INVESTITIONEN

- **Förderung von privatem Investitions- und Beteiligungskapital** und Zugang zu öffentlichen Fördermitteln für junge innovative Unternehmen. Über öffentliche Beteiligungen an privaten Investitions- und Beteiligungskapitalgeber*innen (Venture Capital Funds, Private Equity Funds) nimmt der Staat direkten positiven Einfluss auf die Kapitalausstattung der am Markt etablierten und vernetzten Investierenden.

- **Anpassung der öffentlichen Regulierungen für Versicherungen und Pensionsfonds,** um Risikokapitalinvestitionen bspw. in grüne Technologien zu erhöhen. Durch öffentliche Bürgschaften wird ein Teil des Ausfallrisikos abgesichert.

- **Stärkung der Mitarbeiter*innenbeteiligungen (ESOP)** insbesondere durch die konsequente Überarbeitung des Entwurfs zum Fondsstandortgesetz und die Anpassung der Vorschläge an die Unternehmensrealität vieler Mitarbeiter*innen in Startups.

SOLIDARISCHE HAUSHALTS- UND STEUERPOLITIK

- **Investitionen in Klimaneutralität und die digitale Transformation müssen im Rahmen einer verantwortungsbewussten Haushaltspolitik getätigt werden,** um zukünftige, bereits heute absehbare Krisen zu bewältigen und ihnen vorzubeugen.

- **Der Einsatz von Steuergeldern für die Wirtschaft muss grundlegend überarbeitet werden,** hin zu einer wissenschaftlich begleitenden und transparenten Wirtschaftspolitik.

- **Subventionen müssen regelmäßig auf ihre Effizienz und Zielorientierung überprüft werden.** Insbesondere die Ministerien stehen in der Verantwortung, die verfügbaren Mittel anhand von klaren Zielen und notwendigen Reformen zu investieren.

- **Die Schuldenbremse sollte temporär ausgesetzt werden,** um den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum für Investitionen in die Vermeidung des Klimawandels und die Digitalisierung zu schaffen.

KLIMANEUTRAL. UNTERNEHMERISCH. DIGITAL.

EINE TRANSFORMATION ZUR KLIMANEUTRALITÄT

Die Klimakrise ist ein Gerechtigkeitsproblem innerhalb und zwischen den Gesellschaften sowie zwischen den Generationen. Sie ist das prominenteste Beispiel dafür, wie unsere Art zu leben die planetaren Grenzen der Erde überschreitet. Die Herausforderungen könnten größer nicht sein: Das globale CO_2-Budget zur Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 °C wird in sechseinhalb Jahren erschöpft sein; das deutsche CO_2-Budget bei gleichbleibenden Emissionen bereits 2023. Die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens rückt in weite Ferne. Doch wir nehmen uns dieser Aufgabe an! Wir sind überzeugt, dass nur eine neue, ganzheitliche Herangehensweise den Dreiklang aus Klimawende, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit möglich macht. Das verstehen wir unter der **Transformation zur Klimaneutralität.** Mit diesem Verständnis der vor uns liegenden Aufgaben werden wir unserer Verantwortung für globalen Klimaschutz gerecht. Wir führen Politikfelder zusammen und richten sie an der gemeinsamen Aufgabe der nachhaltigen Entwicklung aus. Deutschland erreicht 2035 CO_2- und 2040 Klimaneutralität. Mit Volter*innen aus ganz Europa machen wir auch unseren Kontinent bis 2040 klimaneutral.

ENERGIEWENDE

- **Etablierung einer gesamteuropäischen Energiestrategie, die die CO_2-Neutralität priorisiert.** Dabei soll das Europäische mit dem Lokalen verbunden werden: Energieeffizienz und -suffizienz ermöglichen eine dezentrale Energieversorgung, die in ein harmonisiertes europäisches Energiesystem eingebettet ist.

- **Ernennung eines*einer Bundesminister*in für Energie,** um die vielseitigen Aspekte der Energiewende zu bündeln.

- **Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2030,** aus der Nutzung der Braunkohle bereits 2025.

- **Erhöhung der ausgeschriebenen Kapazitäten für erneuerbare Energien auf ein Niveau von 25 bis 30 Gigawatt pro Jahr,** mit Fokus auf Photovoltaik und Windenergie. Private und flächensparende Ansätze erweitern die Photovoltaik-Kapazitäten. Der Aufbau von Kurzzeit- und Langzeitspeichern stabilisiert das Stromnetz und dient dem saisonalen Ausgleich.

- **Förderung der Umsetzung von Projekten für erneuerbare Energien (EE) durch Energiegenossenschaften und -gesellschaften.** Kommunen und Anwohner*innen sollen vergünstigten Strom direkt aus angrenzenden EE-Anlagen beziehen können. Bei größeren EE-Projekten sollen die Bürger*innen und die Kommune finanziell beteiligt werden. Auch das Crowdfunding von EE-Anlagen werden wir unterstützen.

BAUEN UND WOHNEN

- **Recht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen im Grundgesetz verankern.** Die Verfassungen von Belgien, Spanien und Portugal enthalten das explizite Recht auf eine Wohnung. Zusätzlich soll eine neue, mit Steuererleichterungen verbundene Wohngemeinnützigkeit geschaffen werden.

- **Stärkung des nicht-profitorientierten Wohnungssektors** durch Investitionen in den sozialen Wohnungsbau sowie Genossenschaften, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu gewährleisten.

- **Erhöhen der jährlichen Modernisierungsrate auf mindestens 4 %.** Durch Förderprogramme, Fahrpläne und eine faire Kostenverteilung soll die Modernisierung vorangetrieben werden. Mieten- und Klimakrise werden gemeinsam betrachtet, ohne dass Mietende zusätzlich belastet werden. Vermietende erhalten zusätzliche Anreize, effektive Modernisierungen durchzuführen.

- **Förderung von Heizungstauschprogrammen und Einführung des Drittelmodells,** um zu garantieren, dass bis 2035 alle nur mit fossilen Energieträgern betreibbaren Heizungssysteme durch klimaneutrale Technologien ausgetauscht werden.

INDUSTRIE

- **Ausrichten der gesamten Wertschöpfungskette an einem integrierten klima-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rahmen:** Einführung klimaneutraler Produktionsprozesse und aktiver Strukturwandel.

- **Einsatz von Carbon Contracts for Difference,** die Technologien finanzieren, welche CO_2-Vermeidungskosten deutlich über dem aktuellen CO_2-Preis aufweisen. Diese Differenzverträge federn Investitionsrisiken ab und eignen sich zur Dekarbonisierung der Industrie.

- **Fördern von Wasserstoff nur in den Bereichen, in denen keine Möglichkeiten zur (direkten) Energienutzung mit höherer Effizienz zur Verfügung stehen.** Langfristig soll ausschließlich grüner Wasserstoff als Energieträger und Rohstoff in Industrie und Schwerlastverkehr zum Einsatz kommen.

LAND UND FORSTWIRTSCHAFT

- **Die Land- und Forstwirt*innen sind in der Erreichung von Klima-, Biodiversitäts- und Umweltschutzzielen systemrelevant und müssen entsprechend entlohnt werden.** Mit einer mutigen und langfristigen Ausrichtung der Agrarförderung und des Ordnungsrechts wird ihnen Planungssicherheit gegeben, um den Klimawandel gemeinsam zu bekämpfen.

- **Agrarförderung durch Gemeinwohlprämien,** um das System der Direktzahlungen bis 2030 zu ersetzen. Es gilt: „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen".

- **Erhöhung der geltenden Mindeststandards in der deutschen und europäischen Tierhaltung.** Mittelfristig führt dies zur Einführung eines Zertifikats für Produkte, die zu diesen Standards erzeugt werden.

MOBILTÄTSWENDE

- **Möglichmachen der Mobilitätswende im Lokalen.** Verkehr vermeiden, verlagern oder verbessern.

- **Schaffen von Anreizen zur Nutzung des Umweltverbunds, also Fuß-, Fahrrad- und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV),** unter anderem durch die Entwicklung einer europaweiten Mobility-as-a-Service-Plattform (MaaS) verbunden mit einem verstärkten Ausbau des ÖPNV und Regionalverkehrs sowie der mittelfristigen Einführung von einfachen und günstigen Flatrates für den Öffentlichen Verkehr in ganz Deutschland und Europa. Zusätzlich soll autonomes Fahren ermöglicht und die Elektromobilität durch Standardisierung und kund*innenfreundlichere Nutzung vorangetrieben werden.

- **Reduzierung der Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs** durch eine wirksame CO_2-Bepreisung. Zusätzlich sollen Höchstgeschwindigkeiten auf deutschen Straßen reduziert werden und der Einsatz fossiler Kraftstoffe in Fahrzeugen bis 2035 verboten werden.

- **Weichen stellen, um den Deutschlandtakt bis 2030 auf die Schiene zu bringen:** Mittelfristig durch die Einsetzung eines Bundesaufgabenträgers, der die Vergabe der im Deutschlandtakt definierten Trassen nach Schweizer Vorbild per Konzessionen koordiniert. Zusätzlich durch die Zusammenführung der Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) des Bundes und die Befreiung von der Gewinnmaximierung; EIU und Verkehrsunternehmen verbleiben in staatlicher Hand und Teil des DB-Konzerns.

KREISLAUFWIRTSCHAFT

- **Verschwendung von Lebensmitteln deutlich reduzieren,** langfristig durch ein Verbot der Entsorgung von unverkauften Lebensmitteln nach französischen Vorbild.

- **Nachhaltige Mode fördern:** unter anderem durch die Einführung eines Nachhaltigkeits-Labels, Verbot der Vernichtung unverkaufter neuer Kleidung, Etablierung eines Zweitmarkts für Textilien durch Weiterverkaufs-, Reparatur- und Mietmodelle. Zusätzlich wollen wir Forschung sowie Trenn-, Sammel- und Verwertungssysteme stärker ausbauen.

- **Kunststoff-Abfall reduzieren** durch die Einpreisung des Einsatzes von fossilen Primärrohstoffen sowie den Ausbau von europäischen Pfand- und Mehrwegsystemen. Zusätzlich soll die Transparenz gegenüber Verbraucher*innen durch die Einführung eines Labels gestärkt werden, welches Auskunft darüber gibt, inwiefern Kunststoffe im Kreislauf geführt werden.

- **Nutzungsdauer von Elektrogeräten verlängern und Elektromüll reduzieren,** unter anderem durch die Erhöhung der gesetzlichen Gewährleistungsfrist von zwei auf fünf Jahre und die Einführung einer Recyclinggebühr (vRG) nach Schweizer Vorbild.

NEGATIVE EMISSIONEN

- **Entwicklung einer langfristigen europäischen Strategie der Kohlenstoffnegativität.** Negative Emissionen können helfen, das 1,5°C-Ziel einzuhalten. Wir stellen unsere Kompetenzen als Technologienation zur Verfügung und setzen uns für weltweite, großskalige Projekte zum aktiven Entzug von CO_2 aus der Atmosphäre ein. Die Vermeidung neuer Emissionen und das Rückholen von CO_2 aus der Atmosphäre erfolgen komplementär und gleichzeitig. Negative Emissionen sind kein Freifahrtschein für neue Emissionen.

- **Maßnahmen zur CO_2-Abscheidung** beinhalten ausgiebige Aufforstungsmaßnahmen, den vermehrten Einsatz von Pflanzenkohle in Land- und Forstwirtschaft, technische Verfahren wie die Direktentnahme von CO_2 aus der Atmosphäre (DAC) und Hybridlösungen wie Bioenergie in Kombination mit Kohlenstoffabscheidung (BECCS).

CO_2-BEPREISUNG

- **Kernelement unserer Klimapolitik ist eine am 1,5°C-Ziel ausgerichtete und möglichst EU-weit geltende CO_2-Bepreisung**. Idealerweise setzt eine gestärkte EU diesen Preis durch, sodass mittelfristig ein wirksamer europäischer CO_2-Preis entsteht, der um einen CO_2-Ausgleichszoll an den Außengrenzen der EU ergänzt wird (Border Carbon Adjustments/BCAs). Deswegen soll das in Deutschland geltende nationale Emissionshandelssystem möglichst schnell in das europäische Emissionshandelssystem überführt werden.

- **Kurzfristig wird der nationale Emissionshandel zur Grundlage wirkungsvoller Klimapolitik aufgebaut.** Das Festpreissystem wird abgeschafft und die Mindest- und Höchstpreise der CO_2-Zertifikate werden im Zeitverlauf erhöht. 2025 soll ein Preiskorridor von 70 bis 100 Euro und 2030 ein Preiskorridor von 100 bis 300 Euro pro Zertifikat erreicht werden. Der Emissionshandel wird auf alle fossilen Brennstoffe ausgeweitet.

- **Die Transformation wird so sozial gerecht wie möglich gestaltet.** Die Erlöse der CO_2-Bepreisung sollen zu gleichen Teilen als direkte Rückzahlung an die Bürger*innen (Klimadividende), als Subventionen für grüne Produkte und für staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung genutzt werden. Umfangreiche Programme zu Umschulung und Wiederbeschäftigung begleiten den Strukturwandel.

EINE DIGITALE TRANSFORMATION

Die Digitalisierung beeinflusst unserer tägliches Leben, unsere Wirtschaft, Arbeitswelt und unsere Gesellschaft. Wir haben jetzt die Chance, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz so zu gestalten, dass sie unser aller Leben verbessern. Allerdings sind europäische Staaten, Bürger*innen und Unternehmen von amerikanischen und chinesischen Technologien und Konzernen abhängig, die den Schutz unserer persönlichen Daten und grundlegende demokratische Werte nicht achten. Deutschland hängt schon heute sehr hinterher. Ob in der Verwaltung, in der Wirtschaft oder in der Forschung: Die Innovationen finden anderswo statt. Bislang schauen wir deswegen neidisch nach Estland. Lasst uns das ändern! Wir fordern eine selbstbestimmte europäische Digitalstrategie, die den Nutzen für Bürger*innen im Fokus hat. Dafür brauchen wir eine grundlegende Verankerung der Digitalisierung in unserer Gesellschaft. Wir benötigen eine **digitale Transformation!** Die Digitalisierung der staatlichen Administration und öffentlicher Dienstleistungen muss den Zugang für alle erleichtern, Chancengleichheit gewähren und die Effizienz und Transparenz in der Staatsführung erhöhen.

EIN BESSER FUNKTIONIERENDER, SMARTER STAAT

- **Einsetzen eines handlungsfähigen Digitalministeriums,** um die Digitalkompetenzen des Bundes zu bündeln und die digitale Transformation in allen Bereichen voranzutreiben.

- **Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums herauslösen,** um Interessenkonflikt zwischen der Stärkung der IT-Sicherheit und dem Interesse von Sicherheitsbehörden an der Ausnutzbarkeit von Sicherheitslücken zu beseitigen. Das BSI soll dem Digitalministerium untergeordnet werden.

- **Digitalisierung der Verwaltungen:** Dabei müssen alle digitalen Angebote möglichst barrierefrei sein, um keine Personengruppen zu benachteiligen. Ferner sollen alle durch den Staat erhobenen Daten, bei denen dies rechtlich möglich ist, als Open Data zugänglich sein.

- **Nutzung von möglichst ausschließlich quelloffener Software (Open Source) und offener Standards durch staatliche Institutionen.** Dadurch wird die Abhängigkeit von privaten Anbietenden reduziert und durch Steuergelder finanzierte Entwicklungen kommen der Allgemeinheit zugute.

DIGITALWIRTSCHAFT

- **Flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Anschlüssen und 5G-Mobilfunk bis 2027** durch Verringerung des bürokratischen Aufwands und Erlassen der Selbstbeteiligungskosten für Kommunen. Langfristig soll der Internetanschluss Teil der öffentlichen Grundversorgung werden.

- **Gesetzliche Festschreibung von Netzneutralität,** damit kein Dienst, kein Gerät und kein*e Teilnehmer*in im Hinblick auf Zugang oder Übertragungsgeschwindigkeit bevorzugt oder benachteiligt werden kann.

- **Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs im digitalen Raum,** unter anderem durch die Verpflichtung großer Digitalplattformen zur Bereitstellung offener Schnittstellen, um mit kleineren Anbietenden kompatibel zu sein.

- **Stärkung des Verbraucher*innenschutzes für Smart Devices,** unter anderem durch eine klare Kennzeichnung möglicher Privatsphäre-Risiken (wie etwa verbauter Sensoren), die verpflichtende Bereitstellung von beim Kauf beworbenen Online-Services und Sicherheits-Updates und die Achtung grundsätzlicher Prinzipien der IT-Sicherheit.

- **Entwicklung einer europäischen Urheberrechtsverordnung ohne Upload-Filter** unter Einbezug valider Interessen (z. B. der Kreativwirtschaft und der Bevölkerung) und Prüfung innovativer Elemente wie Bagatellgrenzen, Upload-Warnung und Micropayment-Systeme.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

- **Gründung eines neuen, europäischen KI-Kompetenzzentrums Centre for European Research on Artificial Intelligence (CERAI),** das sich mit KI-Forschung und der Bereitstellung rechts- und ethikkonformer KI-Produkte und Dienstleistungen befasst und eine effektive Regulierung ohne Ausbremsung der Entwicklung ermöglicht.

- **Unterstützung einer wertebasierten KI-Regelung auf europäischer Ebene** zur einheitlichen und angepassten Verhinderung von Grundrechtseingriffen sowie Schaffung von Standards und Sicherstellung des europäischen digitalen Binnenmarktes.

- **Stärkung des KI-Verständnisses in der Gesellschaft** durch Förderung von vermehrten Informatik- Lehrinhalten in der frühen Ausbildung.

EINEN NEUSTART DER BILDUNG

Bildung ist das Fundament unserer Gesellschaft, unserer Demokratie und vor allem unserer Zukunft. Gleichzeitig stehen wir (zusammen mit den jüngeren Generationen) vor großen Herausforderungen wie zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen oder sich schneller verändernden Arbeitswelten und Lebensumständen. Bildung ist die Schnittstelle zwischen diesen Herausforderungen und deren Lösungen. Unser Bildungssystem stammt aus einem vorigen Jahrhundert und bereitet uns nicht auf die Herausforderungen unserer zukünftigen Gesellschaft vor. Wir fordern mehr Selbstbestimmung für Schulen, um den eigenen Gegebenheiten gerecht zu werden, und gleichzeitig verbindliche nationale Standards. Wir denken Bildung neu – lebensnah, wissenschaftlich fundiert, inklusiv und chancengerecht für alle. Im Kern stehen die individuelle Förderung der Stärken und Potenziale aller Schüler*innen und ein Schulsystem, dass lebenslangen Zugang zu allen Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten schafft, sowie der Mut zu innovativen Lehrmethoden in konsequent digitalisierten Schulen, Ausbildungsstätten, Universitäten und Bildungseinrichtungen. So schaffen wir es, allen Bürger*innen die Chance zu geben, sich jederzeit weiterzubilden, um sich persönlich zu entfalten, aktiv Demokratie zu leben, soziale Kompetenzen weiterzuentwickeln sowie an einer immer dynamischeren Welt teilhaben und diese gestalten zu können.

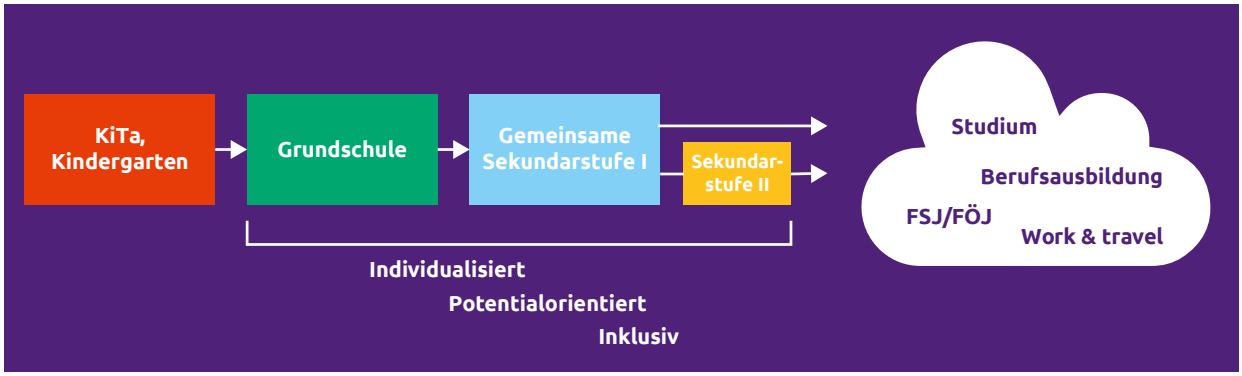


Schaubild “Schule der Zukunft”

SCHULE DER ZUKUNFT

- **Individualisiertes Lernen:** Etablierung einer inklusiven, räumlich zusammengeführten Schulform, in der jede*r Schüler*in einen eigenen Lernweg verfolgen kann, nach Neigungen und Fähigkeiten, und durch die Bereitstellung von fachspezifischen Kursen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus.

- **Einführung einer Lernstruktur, in der sich spielerische, kognitiv anspruchsvolle, kreative und sportliche Angebote im Laufe des Schultages abwechseln.** Dies wird durch Einführung eines Ganztags-Modells ermöglicht.

- **Lernen in offenen Lernlandschaften,** in welchen Schüler*innen in Kleingruppen oder nur für sich am eigenen Lernprozess arbeiten. Lehrkräfte arbeiten in multiprofessionellen Teams, fungieren als ständige Lernbegleiter*innen, geben unmittelbar Feedback und setzen Impulse.

- **Wir fördern entscheidende Fähigkeiten für das 21. Jahrhundert: Kommunikation, Kollaboration, Kreativität sowie kritisches Denken in der analogen und digitalen Welt.** Damit unterstützen wir junge Menschen darin, ihr Leben sowie die (digitale) Welt, in der sie leben, (selbst-)bewusst, informiert und kreativ zu gestalten.

- **Eine umfassende digitale Infrastruktur** ist eine Voraussetzung der inklusiven und stark individualisierten Schule der Zukunft. Jede Lehrkraft und jede*r Schüler*in ist mit Lehr-/Lerngeräten ausgestattet, IT-Fachpersonal sichert die Wartung der schulischen Infrastruktur, digitale Kompetenzen werden fortlaufend ausgebaut.

- **Multiprofessionelle Teams in allen Schulen schaffen Bedingungen, die allen Schüler*innen entsprechende Förderangebote bieten.** Inklusion ist ein lebenslanger und gesellschaftsübergreifender Prozess; jedes Kind hat das Recht, inklusiv am schulischen Leben teilzunehmen.

REFORM DER BILDUNGSPOLITIK

- **Etablierung gemeinsamer Abschlüsse,** indem alle Länder verpflichtet sind, für Schulabschlussprüfungen Aufgaben aus einem gemeinsamen Pool an Aufgaben zu verwenden. Zusätzlich sollen bundesweite Bildungsstandards für alle Jahrgänge und Fächer geschaffen werden, um einen bundesweit gleichmäßigen und gerechten Rahmen für Bildungsqualität zu gewährleisten.

- **Gründung einer Bundesbildungskommission,** die die Kultusministerkonferenz ersetzt und als Steuergremium bildungspolitische Reformen bundesländerübergreifend initiiert. Ziel dieser Kommission ist, bildungswissenschaftliche Erkenntnisse in die Politik zu überführen und die Bildungsqualität in Deutschland insgesamt vergleichbar zu machen. Länder behalten ihre gesetzgebenden Kompetenzen, da alle Beschlüsse der Kommission von Landesparlamenten in Landesgesetzen realisiert werden müssen.
(siehe auch Schaubild auf der Folgeseite)

Schaubild “Gründung einer Bundesbildungskommission”

- **Das auf GG Art. 30 basierende Kooperationsverbot soll aufgehoben werden,** um eine effektivere Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene zu ermöglichen.

- **Stärkung der Schulautonomie,** sodass vor Ort spezifisch auf Herausforderungen und Zielsetzungen der Schulgemeinschaft eingegangen werden kann. Zudem können neue Konzepte wie alternative Ansätze bei der Leistungsmessung und freie Formen des selbstgesteuerten Lernens entwickelt werden. Außerdem bedarf es eines Ausbaus der Ressourcen für Schulen, mit besonderer Förderung von Schulen in sozial benachteiligten Regionen und Bezirken.

- **Stärkung regionaler, internationaler und thematischer Schulnetzwerke** und der Möglichkeiten für Experimente in der Schul- und Unterrichtsentwicklung.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

- **Die Qualität frühkindlicher Bildung soll flächendeckend ausgebaut werden.** Ein guter Personalschlüssel, individuelle Förderangebote und fortlaufende Qualitätssicherung machen die Kita zu einem lebenswerten Ort für alle Kinder. Die Kita ist beitragsfrei.

- **Sicherstellung, dass alle Kinder bereits vor Schuleintritt Kompetenzen im sprachlichen, motorischen und sozialen Bereich ausbauen können.** Frühkindliche Bildung ist die Grundlage einer chancengerechten Bildung, da die bei Schuleintritt bestehenden Unterschiede oft nicht mehr ausgeglichen werden können. Daher soll der Kita-Besuch verpflichtend sein, sobald die Qualität frühkindlicher Bildung flächendeckend gesichert ist.

- **Der Erzieher*innenberuf soll deutlich attraktiver gemacht werden,** indem die Ausbildung und Weiterbildung kostenfrei und stark ausgebaut wird. Eine höhere Vergütung erkennt den wichtigen gesellschaftlichen Beitrag von Erzieher*innen an.

LEBENSBEGLEITENDES LERNEN, HOCHSCHULBILDUNG UND BERUFSAUSBILDUNG

- **Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen** durch ein breites Angebot unterschiedlicher Kurse in allen Regionen. Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung soll allen zur Verfügung stehen.

- **Den BaföG-Zugang vereinfachen und erleichtern.** Ein Studium sollte niemals aus finanziellen Gründen verhindert werden und bleibt deswegen frei von Studiengebühren.

- **Flexibles, mobiles und interdisziplinäres Studium ermöglichen.** Studierende können mehr fachfremde Inhalte belegen. Der Wechsel zwischen Hochschulen und ins Ausland wird erleichtert. Die Studiumsgestaltung inklusive Auslandssemester, Urlaubssemester und Praktika wird erleichtert.

- **Die Wissenschaft stärken,** indem wir mehr langfristige Stellen in der akademischen und forschenden Laufbahn schaffen und Forschungsergebnisse von Wissenschaftskommunikator*innen verständlich der Öffentlichkeit vermittelt werden.

> **Finanziellen Hürden für Auszubildende entgegentreten.** Auszubildende werden mindestens auf BaföG-Niveau vergütet und können staatlich anerkannte Ausbildungen kostenfrei absolvieren.

> **Dem Fachkräftemangel entgegentreten.** Schüler*innen erhalten umfassende Berufsorientierung, die die Chancen einer Berufsausbildung aufzeigt. Unternehmen und Staat arbeiten zusammen, um regionale Differenzen der Fachkräftebedarfe zu identifizieren und regulatorische Hemmnisse abzubauen.

> **Ausbau von europäischen Ausbildungen/Ausbildungsmöglichkeiten** durch unbürokratische ErasmusPlus-Angebote und die Möglichkeit zu mindestens 4-wöchigen Auslandsaufenthalten im Rahmen eines Sprachkurses oder Praktikums.

Schule der Zukunft: Beispiel eines individuellen Stundenplans einer 9.-Klässlerin

Zeitschiene	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
8:00-10:00Uhr	Lernzeit im Klassenverband (eine konstante Bindungslehrkraft steht zur Verfügung) : – Arbeiten an fächergebundenen oder übergreifenden Projektthemen allein oder in Teams – Wöchentliches Lerncoaching- Gespräch: Schüler*in reflektiert gemeinsam mit der/dem Lernbegleiter*in den eigenen Lernprozess				Frei-Day: Schüler*innen wählen Herausforderungen in der schulischen Umgebung, fnden Lösungen und setzen sie um.
10:00-10:30Uhr	Pause				
10:30-12:00Uhr	Mathe C3*	Englisch B1.3*	Deutsch C2*	Fremdsprache A2.1*	
12:00-12:10Uhr	Pause				
12:10-13:10Uhr	Künstlerisches Angebot: Graffiti **	Geschichte	Mathe C3*	Soziales Angebot**: Politische Beteiligung	
13:10-14:00Uhr	Mittagspause				
14:00-15:00Uhr	Deutsch C2*	Fremdsprache A2.1	Musisches Angebot: Jazzband**	Englisch B1*	
15:00-16:00Uhr	Bio B3*	Sportliches Angebot: Lacrosse**	Politik	Physik B2*	

*entspricht dem passenden Leistungsniveau der Schülerin, ggfs. jahrgangsgemischt
**Wahlangebot, das Schüler*in nach eigenen Interessen wählt

Schaubild “Beispielhafter Stundenplan”

STÄRKUNG DER SOZIALEN ABSICHERUNG UND CHANCEN

Wir streben eine solidarische Gesellschaft an, in der wir individuelle Lebenswege würdigen und anerkennen. Um dieses Gesellschaftsbild zu realisieren, benötigen wir entstigmatisierte und bessere soziale Sicherungssysteme, die Menschen gesellschaftliche Teilhabe und verschiedene Arten der Lebensplanung ermöglichen. Wir wollen besonders vulnerable Menschen wie Obdachlose oder Jugendliche, die in stationären Unterbringungen oder Pflegefamilien wohnen, besser unterstützen. Wir wollen gesellschaftlicher Zersplitterung entgegenwirken und Chancengleichheit verbessern, indem wir eine größere Durchlässigkeit der gesellschaftlichen Einkommens- und Vermögensverteilung fördern. Um dies zu ermöglichen, benötigen wir den Ausbau der Tarifbindung, einen breit geförderten Vermögensaufbau für geringe und mittlere Einkommen und eine ausgewogene Erbschaftsteuer. Darüber hinaus ist die Arbeitswelt in einem starken Wandel, der von der Politik sorgsam begleitet werden sollte. Besonders Selbständige, unter anderem Kunst- und Kulturschaffende, benötigen bessere Rahmenbedingungen. Um Geringverdiener*innen besser zu stellen, wollen wir im Niedriglohnsektor aktiv werden und uns für mehr langfristige sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze einsetzen. Durch **Stärkung der Chancengleichheit** wollen wir unsere offene Gesellschaft weiterentwickeln und unsere Demokratie stützen. Dieser Zusammenhalt ist die Grundvoraussetzung, um die anstehenden großen Transformationen gemeinsam zu meistern und niemanden dabei zurückzulassen.

SOZIALE ABSICHERUNG

- **Sofortige Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (SGB II/SGB XII),** um ein Leben in Würde für alle zu gewährleisten, einen Ausweg aus Armut zu ermöglichen und insbesondere generationsübergreifender Armut entgegenzuwirken. Dabei sind Änderungen in den Bereichen Zuverdienstregelung, Schonvermögen, Sanktionen und insbesondere eine Überarbeitung der Regelungen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen essenziell. Die aktuellen Regelsätze werden pauschal und einmalig um 100 € pro Monat erhöht.

- **Abschaffung des Ehegattensplittings und Nutzung der daraus resultierenden Mehreinnahmen zur Erhöhung des Kindergeldes auf 300 € pro Monat und Kind sowie Ausbau der Kinderbetreuung.** Die Abschaffung erfolgt stufenweise, erst für alle neuen Ehen, fünf Jahre später für alle Ehen jüngerer Paare und erst nach 25 Jahren für alle übrigen bestehenden Ehen.

- **Ausweitung und wissenschaftliche Begleitung von Housing First in Deutschland und Europa,** um eine nachhaltige Reduktion von Obdachlosigkeit zu erreichen. Im Bereich der Prävention möchten wir das Konzept der Fachstellen fördern, in denen Hilfen für wohnungs- und obdachlose Menschen zentral und koordiniert angeboten werden.

SOZIALE MOBILITÄT

- **Einführung einer progressiven Schenkungs- und Erbschaftsteuer,** die Vermögenskonzentration entgegenwirkt, ohne Vermögensaufbau in der breiten Masse und Unternehmensnachfolgen zu gefährden.

- **Förderung von Vermögensaufbau für kleine und mittlere Einkommen** durch eine Grundbildung über Finanzthemen für alle Bürger*innen. Hiermit wird Aufklärung über Risiken und Möglichkeiten des eigenen finanziellen Handelns geleistet, angefangen bei der Haushaltsführung bis hin zur Investition in Finanzprodukte.

MODERNER ARBEITSMARKT

- **Atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs, Midijobs und kurzfristige Beschäftigung als Beschäftigungsmodell abschaffen** und eine echte Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen mit jedem Umfang an Arbeitsstunden ermöglichen.

- **Erweiterung der Förderung und Absicherung von Kunst- und Kulturschaffenden** durch die Erweiterung von bestehenden Förderkonzepten. Die soziale Absicherung für Kunst- und Kulturschaffende soll im Rahmen der Künstlersozialkasse und auch durch bildende Maßnahmen, strukturell über eine entsprechende Plattform, aber auch innerhalb der Ausbildung, erweitert werden.

- **Anpassung der Arbeitswelt für ortsunabhängiges Arbeiten:** Arbeitnehmer*innen, die ortsunabhängig arbeiten möchten, sollen dies von ihren Arbeitgebenden ermöglicht bekommen. Wenn sie den Wunsch eines*einer Arbeitnehmer*in nach ortsunabhängiger Arbeit ablehnen, müssen sie dies begründen.

EIN RESILIENTES GESUNDHEITSSYSTEM

Das deutsche Gesundheitssystem ist eines der besten in Europa. Die Corona-Pandemie hat uns jedoch Verbesserungsbedarfe hinsichtlich der Planung, Ausrichtung und Steuerung des Gesundheitssystems deutlich aufgezeigt. Eines der Hauptprobleme liegt beispielsweise im Zielkonflikt zwischen ökonomischen Interessen und den Bedürfnissen der Patient*innen und Angestellten. Gesundheit ist kein handelbares Gut. Ein innovatives, zukunftsweisendes, **resilientes Gesundheitswesen** darf daher nicht nur danach fragen, wie Krankheiten effektiv behandelt und Patient*innen effizient versorgt werden können. Volt setzt sich für eine Neuausrichtung des Gesundheitssystems ein, die Gesundheit als Ganzes fokussiert. Es bedarf einer Umorientierung des Gesundheitswesens von einem krankheitsorientierten System hin zu einem gesundheitsorientierten System. Dazu gehört auch ein gesamtgesellschaftlicher Dialog darüber, wie Menschen gesund leben, in Würde altern und in Würde sterben können. Gesundheitsreformen müssen bei allen Menschen ankommen und einen barrierefreien Zugang zu einem effizienten, digital ausgebauten Gesundheitssystem gewährleisten, das sich an Einzelnen orientiert. Das heißt vor allem, dass die Gesundheitsfachberufe neu geordnet und Arbeitsbedingungen sowie der Nutzen und die Nutzbarkeit gesundheitlicher Dienstleistungen für die Bürger*innen verbessert werden müssen.

GESUNDHEITSWESEN UND VERSORGUNG

- **Förderung einer transdisziplinären Kooperationskultur** durch verstärkte Zusammenarbeit aller Professionen und Patient*innen im Gesundheitswesen.
- **Einleitung einer digitalen Transformation des Gesundheitswesens,** um Einrichtungen zu vernetzen, Arbeitsabläufe zu verbessern und Ressourcen nachhaltig zu schonen.
- **Gründung einer unabhängigen Bundesgesundheitskommission,** die alle Entscheidungsträger*innen im Gesundheitsbereich vertritt.

FÖRDERUNG GESUNDHEITLICHER PRÄVENTION

- **Unterstützung und Verbesserung der psycho-sozialen Situation der Menschen durch finanzielle und personelle Aufstockung der Sozialarbeit.** Im Bereich Bildung muss Lehrkräften und Erzieher*innen mehr psychologisch-pädagogisches Rüstzeug zur Bewältigung kritischer Situationen vermittelt werden. Weiterhin sind in diesem Zusammenhang auch die Suchterkrankungen jeder Art hinsichtlich der Gründe, der Entstehung und des Verlaufs näher zu untersuchen und zu behandeln.
- **Einführung einer Zuckersteuer und Kennzeichnungspflicht** des gesundheitlichen Nährwerts von Nahrungsmitteln.

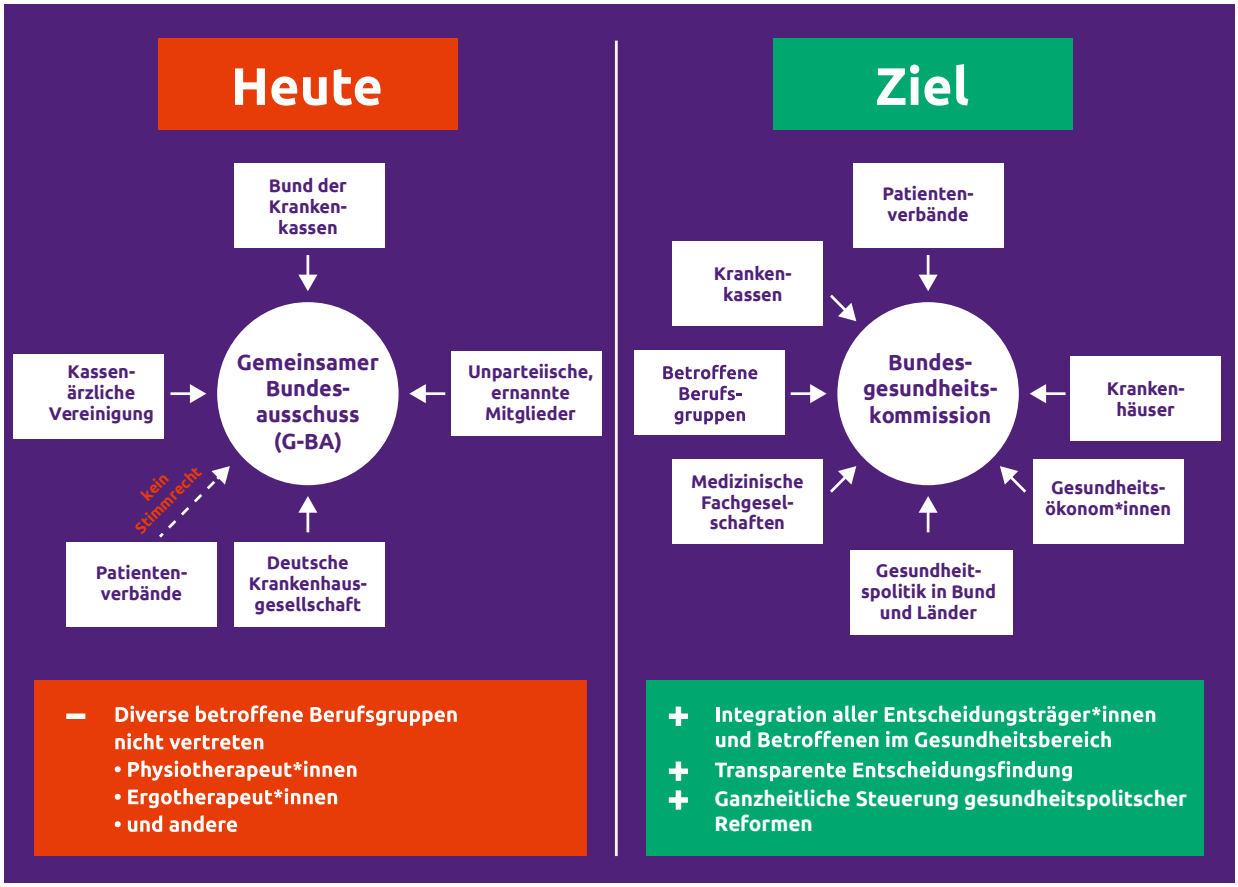


Schaubild “Unser Ansatz für das Gesundheitswesen.”

- **Etablierung einer effektiven, evidenzbasierten und progressiven Drogenpolitik,** die sich in erster Linie um Prävention, Schadensminderung und Hilfe für Konsumierende sorgt. Um das zu erreichen, wird die Entkriminalisierung aller Drogen nach dem portugiesischen Modell umgesetzt. Ebenfalls soll verstärkt nach isländischem Vorbild in die (Jugend-)Prävention investiert werden. Konsumierende sollen ein vielseitiges Hilfsangebot und einfacheren Zugang zu Therapien erhalten.

GESUNDHEITSFACHBERUFE

- **Angemessene Vergütung aller Gesundheitsfachberufe,** um sicherzustellen, dass die Vergütung dem Niveau der Verantwortung und der Ausbildung angemessen ist.

- **Anerkennung der Bereitschaftszeit als volle Arbeitszeit.** Die Reduktion der ununterbrochenen Ruhezeit und die Verlängerung der maximalen täglichen Arbeitszeit in Ausnahmefällen für in Gesundheitsberufen tätige Personen muss abgeschafft werden. Manipulationsfreie und vollständige Zeiterfassung soll eingeführt werden. Zusätzlich werden definierte, bedarfsorientierte und evaluierende Personaluntergrenzen für alle Bereiche eingeführt.

- **Stationshilfen sollen in Altenheimen und Krankenhäusern zum Standard werden,** um ärztliches und pflegerisches Personal zu entlasten.

- **Jugendlichen ohne Berufsausbildung aus der EU** soll die Möglichkeit geboten werden, in Deutschland eine Ausbildung in einem Gesundheitsfachberuf zu erlernen.

- **Schaffung von Aufbau-Studiengängen zur dualen Ausbildung für alle Gesundheitsfachberufe,** um eine wissenschaftliche Weiterentwicklung der Profession durch Berufsangehörige zu fördern.

- **Förderung einer verbesserten Work-Life-Balance für Ärzt*innen** durch die Überprüfung des generellen Verbots von Opt-Out-Klauseln (eine Regelung, die eine dauerhafte Überschreitung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 48 Stunden ermöglicht). Langfristig ist anzustreben, den Ärzt*innenmangel zu beheben, um Opt-Out-Klauseln überflüssig zu machen.

- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen Pflegender** durch Etablierung einer Bundespflegeberufekammer, um eine politische Vertretung und sorgsame Gestaltung der Ausbildung Pflegender sicherzustellen. Zusätzlich soll das Buurtzorg-Modell aus den Niederlanden etabliert werden, das als ganzheitlich patient*innenorientiertes Konzept positive Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Pflegenden hat.

- **Verbesserung der Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der 24-Stunden-Hilfskräfte** durch die konsequente Meldung ihres Tätigkeitsfeldes an den Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen (MDK) und durch diesen durchgeführte Beratungen und Prüfungen bezüglich rechtlicher Rahmenbedingungen.

- **Erhöhung der Rentenansprüche um 1/3 für Beschäftigte der Gesundheitsfachberufe mit direktem Patient*innenkontakt,** um echte Wertschätzung für die Beschäftigten zu erreichen und die Absicherung im Alter sicherzustellen.

PROGRESSIVE MIGRATIONS-POLITIK UND INKLUSION

Deutschland hat Einwanderung immer wieder aus unterschiedlichen Gründen erlebt. Die Rolle, die sie in unserer Gesellschaft spielt, wurde lange verleugnet und führte zu einer restriktiv gestalteten Einwanderungspolitik. Doch die globalen Migrationsflüsse steigen in einer vernetzteren Welt, und der Klimawandel verstärkt die Abwanderung von Menschen aus bedrohten Gebieten. Es ist fernab der Realität, auf kurzfristige Integrationsmaßnahmen und restriktive Einwanderung zu setzen. Es bedarf eines Umdenkens in der Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik, denn die Globalisierung erfordert langfristige, grenzübergreifende Lösungen auf globale Herausforderungen. Wir wollen für Deutschland und Europa eine **progressive Asyl- und Einwanderungspolitik** gestalten, die das Menschenrecht auf Asyl konsequent umsetzt, transparente Regelungen für Einwanderungen findet und auf **Inklusion** statt auf Ausgrenzung setzt. Wir wollen sicherstellen, dass die Diskriminierung von Geflüchteten abgebaut wird und ihre Teilhabemöglichkeiten in der Gesellschaft deutlich verbessert werden, um langfristige Bleibemöglichkeiten zu schaffen.

EINWANDERUNG

- **Etablierung eines progressiven Einwanderungsgesetzes** durch die Ausweitung der Westbalkan-Regelung und den Abbau von bürokratischen Hürden bei der Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrung. Hiermit sollen langfristige Bleibemöglichkeiten für Asylbewerber*innen und geduldete Personen geschaffen werden. Der Arbeitsmarkt soll sich Menschen anpassen, die ausgeschlossen sind und wurden.

ASYL ERMÖGLICHEN UND MENSCHENWÜRDIG GESTALTEN

- **Beschleunigung des Asylverfahrens** sowie juristische Begleitung und engere kostenlose Beratung nach dem Vorbild der schweizerischen Flüchtlingshilfe.

- **Intensivierung des Resettlement-Verfahrens:** Als jährlicher Zielwert sollen 20.000 Personen aufgenommen werden, mit dem Fokus auf Familien mit kleinen Kindern. Unterstützend soll das Pilotprogramm „Neustart im Team“ (NesT) erweitert werden.

- **Eine einzelfallbezogene Prüfung des Schutzgrundes auch bei den sogenannten sicheren Herkunftsländern gewährleistet,** dass Menschen mit geschlechtsspezifischen Fluchtgründen Asyl gewährt wird. Nicht alle sind gleich bedroht; es bedarf eines differenzierten Blicks auf sichere Herkunftsländer, um vulnerable Gruppen zu schützen.

- **Die Kommunen erhalten das Recht, Geflüchtete aufzunehmen,** ohne dass der Bund zustimmen muss.

- **Inklusive Familienzusammenführungen und Familiennachzug für Menschen mit subsidiärem Schutzstatus** durch Abschaffung der Obergrenze für den Familiennachzug. Zudem sollen die Verfahren für den Antrag von Familiennachzug schneller durchlaufen werden. Familienzusammenführungen sollen in Deutschland für verwandtschaftliche Beziehungen bis zum dritten Grad ermöglicht werden.

TEILHABECHANCEN VON GEFLÜCHTETEN UND MIGRANT*INNEN

- **Stärkung von zukunftsgerichteten Aufnahmebedingungen für Geflüchtete** durch Zugang zum Bildungssystem ab Ankunftstag und Nachgang einer Beschäftigung ohne Genehmigung der Bundesamtes für Arbeit. Darüber hinaus wird eine umfassende Gesundheitsversorgung sichergestellt, einschließlich psychologischer Betreuung.

- **Verbesserung des Schutzes von vulnerablen Gruppen in den Sammelunterkünften** durch gleichmäßige Besetzung von Frauen und Männern, von denen einzelne als Ansprechpartner*innen insbesondere für vulnerable Menschen benannt werden. Zudem werden psychologische Betreuungsmöglichkeiten, Schutzräume oder gesonderte Unterbringungsmöglichkeiten eingerichtet.

AKTIVE BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNG

In unserem Grundgesetz sind die Würde des Menschen, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie die Gleichheit aller Menschen festgeschrieben. Chancengerechtigkeit und gleiche Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen sind für uns die Säulen einer demokratischen und gerechten Gesellschaft. Wir wollen, dass diese Grundrechte für alle in dieser Gesellschaft aktiv gewährleistet werden. Alle Menschen sollen ihr Leben leben und gestalten können, ohne Hass fürchten zu müssen. Vor allem aber sollen alle Menschen in ihrer Verschiedenheit hinsichtlich ihrer Persönlichkeit und ihrer Lebensentwürfe in Sicherheit leben können. Wir wollen, dass diskriminierende und rassistische Strukturen anerkannt werden, und Menschen dazu befähigen, sich **aktiv für die Bekämpfung von Diskriminierung** einzusetzen. Alle Menschen sollen in ihrer Handlungsfähigkeit unterstützt werden, um sich gegen Diskriminierung und Rassismus zu wehren und sich für Betroffene einzusetzen.

DIREKTE UNTERSTÜTZUNG FÜR BETROFFENE

- **Umfassende Anwendung des Opferentschädigungsgesetzes für Betroffene von rassistischer und diskriminierender Gewalt** und ein Ausbau der Finanzierung von spezifischen Fachstellen für Opferberatung.

- **Stärkung der Antidiskriminierungsstelle** durch Kompetenzerweiterung. Unterschiedliche Diskriminierungsformen und ihre spezifischen Wirkungsweisen müssen erfasst und ihnen jeweils mit spezifischen Maßnahmen begegnet werden. Dazu braucht es für die unterschiedlichen Diskriminierungsformen jeweils Beauftragte, die Expert*innen für die einzelnen Bereiche sind.

- **Wirksames Vorgehen gegen Hetze und Hassverbrechen.** Dazu soll das Strafrecht um weitere Merkmale gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ergänzt und flächendeckend spezifische Ansprechpersonen in Polizei und Justiz benannt werden.

DISKRIMINIERUNG VON FRAUEN

- **Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie** durch zeitlich befristete Teilzeit nach der Rückkehr beider Elternteile aus der Elternzeit.

- **Stärkung der Chancengleichheit in der Arbeitswelt:** Frauen verdienen durchschnittlich weniger als Männer (Gender Pay Gap). Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten müssen die tatsächliche Bezahlung nach Geschlechtern offenlegen und aufschlüsseln, um mehr Transparenz über die Bezahlung zu schaffen. Zusätzlich sollen mindestens 40 % aller Positionen in Gremien größerer Unternehmen sowie börsennotierter Unternehmen von Frauen besetzt werden müssen. Für staatliche Unternehmen muss ab 2025 eine Quote gelten, bei der mindestens 50 % der Führungspositionen nicht von Männern besetzt sind.

- **Streichung des Werbeverbotes für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a StGB)** sowie ein kostenfreier Zugang für alle Schwangeren bis zum Ende des ersten Trimesters. Weiterhin soll der Beratungszwang entfallen und der Ausbau von freiwilligen neutralen und unabhängigen Beratungsangeboten zur Verhütung und Schwangerschaftsabbrüchen gefördert werden.

- **Periodenarmut bekämpfen** durch die Verteilung kostenloser Menstruationsprodukte an und in öffentlichen Orten. Durch entsprechende Bildungs- und Medienprogramme wollen wir die Aufklärung über gesunde Menstruationshygiene und die Enttabuisierung fördern.

- **Umfassende Umsetzung eines Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen** zum Erfüllen der Verpflichtung der Istanbul-Konvention durch bspw. effizientere Bestrafung von häuslicher Gewalt und verstärkte Präventionsarbeit.

- **Stärkung der Selbstbestimmung der Frau** durch die Legalisierung von nicht kommerziellen Leihmutterschafts-Abkommen und die Beibehaltung der Legalität von Sexarbeit auf freiwilliger Basis. Gewalt, Zwangsprostitution und Menschenhandel müssen stärker bekämpft werden.

DISKRIMINIERUNG VON QUEEREN MENSCHEN

- **Erweiterung des Diskriminierungsschutzes** des Artikel 3, Absatz 3 Grundgesetz um das Merkmal der „sexuellen und geschlechtlichen Identität".

- **Abbau aller Hürden für einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag** und leichterer Zugang zu geschlechtsangleichenden Behandlungen.

- **Änderung des Abstammungsrechts,** um Regenbogenfamilien rechtlich anzuerkennen und abzusichern.

- **Verbot von Konversionsbehandlungen** und deren Bewerbung.

- **Einführung einer individuellen, nicht-diskriminierenden Risikobewertung** sowie Anpassung der Rückstellungsfristen bei der Blutspende.

DISKRIMINIERUNG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

- **Umfassende Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**

- **Abbau von Barrieren im digitalen und öffentlichen Raum** (ÖPNV, Freizeit- und Kulturangebote, öffentliche Gebäude)

- **Gleichberechtigter Zugang zu Bildungsangeboten** und bessere Inklusion im Bildungssystem

RASSISMUS

- **Gemeinsam mit Expert*innen und betroffenen Gruppen eine andere Formulierung für den Begriff „Rasse“ finden.** Im Anschluss sollte der Begriff durch die neue Formulierung in allen Gesetzestexten (insbesondere im Grundgesetz) geändert werden.

- **Strukturellen Rassismus in Sicherheitsorganen bekämpfen,** unter anderem durch Gesetzesänderungen, welche die Praxis des Racial Profiling verhindern, die Schaffung von verstärkten Bildungsangeboten (in der Ausbildung sowie dienstbegleitend), die Förderung umfassender bundesweiter Studien über rassistische und extremistische Haltungen in Sicherheitsorganen, unabhängige Beschwerdestellen innerhalb der Polizei sowie eine Kennzeichnungspflicht für Beamt*innen und die Nutzung von Bodycams.

- **Stärkung der Aufklärung deutscher Kolonialgeschichte,** unter anderem durch die Einbettung in die Erinnerungskultur und Bildungsarbeit, die Anerkennung von Verbrechen wie dem Völkermord an den Herero und Nama und die Rückgabe geraubten Kulturguts.

ANTISEMITISMUS

- **Alle Arten von Antisemitismus anhand der Working Definition of Antisemitism der International Holocaust Remembrance Alliance bekämpfen.** Dies soll passieren durch die bessere Aufarbeitung und Bekämpfung von antisemitischen Vorfällen, mehr Austausch im Bezug zu jüdischem Leben durch Lerninhalte zur Shoah und dem historischen Verlauf von Antisemitismus sowie die Stärkung und Unterstützung des jüdischen Lebens in allen gesellschaftlichen Bereichen.

NACHWORT

Erstarkender Nationalismus beschränkt die politische Denkweise auf nationales Handeln und gefährdet die europäische Einigung. Wir brauchen mehr Miteinander statt Nebeneinander. Wir brauchen mehr Füreinander statt Gegeneinander.

Wir brauchen mehr Europa –
damit sich unsere Geschichte nicht wiederholt.

Unser Online-Wahlprogramm:
voltdeutschland.org/btw/programm

Volt

Volt Deutschland | Choriner Straße 34 | 10435 Berlin